



Info-Bulletin Nr. 14

Dezember / décembre 2010



Schloss Sumiswald

Zur Zirkulation

Funktion	Datum	Visum
<input type="checkbox"/> Präsident
<input type="checkbox"/> Vizepräsident
<input type="checkbox"/> Burgerschreiber
<input type="checkbox"/> Burgerkassier
<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>
Nach der Zirkulation bitte zurück an

Aus dem Inhalt

Impressum.....	5
Organe.....	6
Die Präsidentin hat das Wort	7
Informationen der Geschäftsstelle	9
Hauptversammlung im Mai 2010 im Forum Sumiswald.....	9
Regionalversammlungen im November 2010.....	10
Assemblées régionales d'information 2010	10
Vorstandssitzungen 2010.....	10
Séances du comité 2010.....	11
Neue Vorstandmitglieder.....	12
Neue Revisorin.....	13
Mitglieder	13
Membres.....	13
Aufruf zur Mitteilung der Internetadresse	13
Appel à la communication de votre adresse Internet.....	13
Stellenangebote der Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen ins Internet stellen.....	14
Arbeitsplatzbewertungen für Finanzverwalter der Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen	14
Heraldik.....	14
Heraldique.....	14
Bestellung Drucksachen für Burger-Rödel	14
Commande d'imprimés pour les rôles des bourgeois.....	15
Informationen aus den Regionen	15
Association des bourgeoisies du Jura bernois	15
32ème Assemblée générale de l'Association des bourgeoisies du Jura bernois	15
Burgergemeinde Krattigen: Rücktritt von Burgerschreiber Willi Kummer	17
Burgergemeinde Madiswil: Rücktritt von Burgerpräsident Gottfried Ammann	17
Burgergemeinde Safnern: Rücktritt von Burgerschreiber Hugo Hänzi.....	18
Burgergemeinde Diessbach b. Büren: Rücktritt von Peter Schneider.....	18
Allgemeine Informationen / Informations générales	19
66. Generalversammlung des Schweizerischen Verbandes der Bürgergemeinden und Korporationen vom 4./5. Juni 2010 in Interlaken	19
Tradition und Kultur.....	19
Informationen zu GERES/ZPV/Infostar	20
Informations sur la GCP et GERES	21
Vernehmlassung zur Optimierung der Förderung von Gemeindefusionen; Änderung der Kantonsverfassung (KV) und des Gemeindegesetzes (GG)	21
Prise de position relative à l'optimisation de l'encouragement des fusions de communes; modification de la Constitution cantonale et de la loi sur les communes	22
Vernehmlassung zu den Änderungen des Sozialhilfegesetzes vom 11. Juni 2001	23
Prise de position concernant les modifications de la loi sur l'aide sociale du 11 juin 2001.....	24
Wasserstrategie 2010 des Kantons Bern; Mitwirkung	25
Stratégie 2010 d'utilisation de l'eau du canton de Berne; participation	26
Neues Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KES) (bisher Vormundschaftsrecht)	26
Nouveau droit de la protection de l'enfant et de l'adulte (PEA) (anciennement droit de la tutelle)	27
Wichtige Daten / Dates importantes.....	28
Dank und Ausblick	28
Remerciements et perspectives	28
Referat von Regierungsrat Christoph Neuhaus, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektor des Kantons Bern, anlässlich der Hauptversammlung im Forum Sumiswald vom 15. Mai 2010.....	29
Exposé du conseiller d'Etat Christoph Neuhaus, directeur de la justice, des affaires communales et des affaires ecclésiastiques, à l'occasion de l'assemblée générale de celle-ci au Forum Sumiswald, le 15 mai 2010	32

Verband Bernisches Gemeindegader (BGK); Untergruppe Bürgergemeinden; 35
www.begem.ch/de/verbaende/bgk/ 35
Association Cadres des communes bernoise (CCB); www.begem.ch/de/verbaende/bgk/ 36

Impressum

Herausgeber	Verband bernischer Burgergemeinden und burgerlicher Korporationen Amthausgasse 5, Postfach, 3000 Bern 7 Telefon 031 328 86 07 Fax 031 328 86 09 vbbg@bgbern.ch
Präsidentin	Vreni Jenni-Schmid
Geschäftsstelle	Andreas Kohli / Andreas Staudenmann bis 31.10., Kathrin Hämmerle ab 1.11.
Redaktion	Andreas Staudenmann
Übersetzungen	Martial Grosjean und TranScript GmbH, Bern

Organe

Präsidentin	Vreni Jenni-Schmid, Kappelen
Vizepräsident	Ernst Schaad, Niederbipp
Vorstand	Markus Engemann, Gwatt-Thun Peter Flück, Brienz Franz v. Graffenried, Bern Andreas Grimm, Burgdorf Gino Guerne, Tavannes Monika Gygax, Obersteckholz Max Hubschmid, Madiswil Hans-Ulrich Kaiser, Leuzigen Rolf Kramer, Magglingen Anita Luginbühl-Bachmann, Krattigen Peter Michel, Bern Hans Georg Nussbaum, Bern Sylvain Rossel, Prêles
Geschäftsstelle	Verband bernischer Burgergemeinden und burgerlicher Korporationen, Amthausgasse 5, Postfach, 3000 Bern 7, vbbg@bgbern.ch www.svbk.ch (Kantonverbände, Bern) <i>Geschäftsführer: Andreas Kohli, e-mail: andreas.kohli@bgbern.ch</i> <i>Sekretariat: Kathrin Hämmerle, e-mail: kathrin.haemmerle@bgbern.ch</i>
Rechnungsführung	Evelyne Banas, e-mail: evelyne.banas@bgbern.ch
Kontrollstelle / Revisoren	Patrick Kocher, Worben Manuela Voegeli, Rüegsauschachen

Die Präsidentin hat das Wort



Liebe Leserin, lieber Leser,

Vor ein paar Tagen ist mir in einem Zeitungsbericht der Titel:

„Oh du fröhliche Langeweile“

begegnet und hat mein diesbezügliches Interesse geweckt.

Die Journalistin schrieb über einen ihr bekannten Weihnachtsmarkt, der sich in all den Jahren wenig oder nicht verändert habe. Die gleichen Stände, die gleichen Angebote, die gleiche Musik, das gleiche Karussell. Trotz dieser Aussage sei ihr jedoch klar bewusst, dass Weihnachten und dieser Markt mit Tradition verbunden sei.

Und dennoch, beim Beschreiten des besagten Weihnachtsmarktes würde ihr jährlich nichts Besseres einfallen, als: „Oh du fröhliche Langeweile“.

Als ich den besagten Text fertig gelesen hatte, musste ich unweigerlich auch an unser Informations-Bulletin denken, welches unser VBBG jährlich in der Weihnachts- und Altjahrswoche ihren Mitgliedern und Interessierten zustellt.

Könnte man unser jährliches Info-Blatt allenfalls auch – als „fröhliche Langeweile“ – betiteln?

Vieles an Mitteilungen wiederholt sich, Termine von Anlässen verschieben sich zwar, sind aber gleichwohl in jährlichen Intervallen im Mitteilungsblatt enthalten.

Neu sind aber die in Kraft gesetzten und revidierten Verordnungen sowie Gesetze, die auch für Burgergemeinden und burgerliche Korporationen als Information wichtig sind.

Oder aber die Vielzahl von Vernehmlassungen, mit denen sich der Vorstand des VBBG erneut befasst und seine Stellungnahme eingereicht hat. In all den Jahren hat die Anzahl dieser Eingaben ein beträchtliches Mass angenommen und damit auch unsere Tätigkeiten.

Langjährige Angehörige von Burgergemeinden, die sich während Jahrzehnten als Präsident, Burgerschreiber, Finanzverwalter oder in anderweitiger Funktion ihrem Gemeinwesen zur Verfügung gestellt haben, werden in der Rubrik unter „Dank und Ehrungen“ gewürdigt.

Sehr oft wird auf das langjährige Wirken und Engagement hingewiesen. Bei mir kommt unweigerlich die Frage auf, was täten wir in unsern Gremien, wenn sich nicht immer wieder Leute zur Verfügung stellen würden, die einen grossen Teil ihrer Freizeit für ein solches Amt einsetzen?

Deshalb ist es mir auch ein spezielles Anliegen, diesen langjährigen Mandats-Trägern für ihren geleisteten Einsatz und die gute Zusammenarbeit herzlich zu danken.

Danken möchte ich an dieser Stelle auch meinen übrigen Vorstands-Mitgliedern und der Geschäftsstelle für ihre Unterstützung und das Mittragen in unserem Verbands-Geschehen. Ein spezieller Dank geht an das OK der GV 2010 des SVBK in Interlaken, unter dem Vorsitz von Grossrätin Anita Luginbühl. Diese Verantwortlichen haben durch eine hervorragende Organisation eine unvergessliche Tagung als Gross-Event auf die Beine gestellt.

Es ist wohl keine Frage: Aufgaben, die nicht mehr durch die Burgergemeinden erfüllt würden, müssten mit Steuergeldern und durch andere Institutionen übernommen werden.

Zu sagen ist auch, dass die Organisation und die Funktion der Burgergemeinden und burgerlicher Korporationen überblickbar und aus der Geschichte heraus gewachsen sind.

Die Burgergemeinden sind der Tradition verpflichtet. Praktiziertes Heimatrecht, Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der eigenen Gemeinde und zu den ausserhalb wohnhaften Bürgerinnen und Burgern sind Tatsachen.

Das Wort Tradition stammt bekanntlich aus dem Lateinischen „tradere“ und bezeichnet die Weitergabe oder Überlieferung. Unter Tradition wird in der Regel die Überlieferung der Gesamtheit des Wissens, der Fähigkeiten sowie der Sitten und Gebräuche einer Kultur oder einer Gruppe verstanden. Tradition ist in der Hinsicht das kulturelle Erbe, das von einer Generation zur nächsten weitergeben wird.

Ein hoch spannender Beitrag über „Tradition und Kultur“ wurde in dieser Ausgabe von unserem Vorstands-Mitglied, Peter Michel, Bönigen, verfasst.

Ich kann Ihnen den mannigfaltigen Beitrag als Leselektüre bestens empfehlen!

Tradition und Innovation müssen nicht unbedingt ein Widerspruch sein.

Nur wenn man Tradition immer wieder neu interpretiert und lebendig hält, kann sie bewahrt und weiter gegeben werden.

In diesem Sinne wünsche ich allen recht frohe und traditionsreiche Festtage und einen guten Start ins 2011!

Ihre Verbandspräsidentin: Vreni Jenni-Schmid

Kappelen, im Dezember 2010

Informationen der Geschäftsstelle

Hauptversammlung im Mai 2010 im Forum Sumiswald

An der 63. Hauptversammlung in Sumiswald durfte Präsidentin Vreni Jenni-Schmid 194 Delegierte aus 68 Burgergemeinden und 44 Gäste willkommen heissen. Sie eröffnete die Hauptversammlung mit einem Zitat von Georg Bernhard Shaw (1856-1950):

„Wir werden nicht durch die Erinnerung an unsere Vergangenheit weise, sondern durch die Verantwortung für die Zukunft.“

Zum Alten, wie es der Dichter Fontane sagt, wollen wir Sorge tragen, uns gegenüber Neuerungen, wo sie Sinn machen, nicht verschliessen, führte sie weiter aus.

Daraufhin begrüsst Burgerpräsident Andreas Kohler und stellte die Burgergemeinde Sumiswald kurz vor. Anschliessend überbrachte Gemeindepräsident Roland Holzer die Grüsse der politischen Gemeinde.



Gastreferent Regierungsrat Chr. Neuhaus. Foto: Katrin Loosli

Sämtliche Traktanden der Hauptversammlung wurden einstimmig im Sinne des Vorstandes entschieden. Mit Marianne Glur-Schneider (16 Jahre) und Martial Grosjean (24 Jahre) traten zwei langjährige Vorstandsmitglieder zurück. An ihre Stelle wählten die Delegierten Monika Gyax-Böninger, Obersteckholz und Sylvain Rossel, Prêles. Als Nachfolger des wegen Ablaufs der Amtszeit zurücktretenden Revisors Markus Born wurde die von der Burgergemeinde Sumiswald vorgeschlagene Manuela Voegeli aus Rüegsauschachen gewählt. Unter dem Traktandum „Verschiedenes“ informierte Geschäftsführer Andreas Kohli zum Thema GERES/ZPV/Infostar und Vorstandsmit-

glied Hans Georg Nussbaum zum Stand der Dinge ums neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht.

Christa Nef überbrachte als Vorstandsmitglied die Grüsse des Schweizerischen Verbandes der Bürgergemeinden und Korporationen. Sie freute sich auf dessen Generalversammlung, die dieses Jahr vom Berner Verband in Interlaken organisiert wird und hofft auf eine grosse Beteiligung.

Regierungsrat Christoph Neuhaus, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektor des Kantons Bern stellte sein Gastreferat unter den Titel „Gemeindefusionen aus der Sicht des Kantons“. Dieser Vortrag ist auf den Seiten 29 - 34 publiziert.

Nach dem offiziellen Teil begaben sich die Delegierten und Gäste zum Apéro, wo sie vom Schwyzerörgelquartett „Alperose“, Wasen unterhalten wurden. Während des anschliessenden Mittagessens sorgte der Komiker Martin Sumi, Emdthal für gute Stimmung und zum Abschluss erfreuten verschiedenen Showdancegruppen unter der Leitung von Béatrice Bichsel, Sumiswald die Versammlungsteilnehmer.



Showdancer erfreuen die Zuschauer mit einer farbenfrohen und Lebensfreude ausstrahlenden Einlage. Foto: Katrin Loosli

An dieser Stelle sei der Burgergemeinde Sumiswald und dem Organisationskomitee unter der Leitung von Burgerrat Fritz Eggimann für die ausgezeichnete Organisation der Hauptversammlung herzlich gedankt.

Regionalversammlungen im November 2010

Wie üblich, wurden die Regionalversammlungen in Münchenbuchsee, Thun und Tavannes durchgeführt.

In Münchenbuchsee und Thun referierte Kuno Moser, Geschäftsführer/Oberförster der Burgergemeinde Biel zum Thema „Umgang mit Bikerpisten“, Rolf Schneeberger, Jagdinspektor-Stellvertreter behandelte die Thematik „Wild-, Waldsituation im Kanton Bern“ und René Lehmann, Kassier der Burgergemeinde Lyssach orientierte über „Steuroptimierung für Burgergemeinden“.

In Tavannes sprachen Kuno Moser zum Thema „Postes VTT et nous, les propriétaires de forêts“, René Lehmann zum Thema „Optimisation des impôts pour les communes bourgeoises“ und Louis Tschanz, Wildhüter aus Perrefitte über „La Situation du gibier dans le canton de Berne »

Anzahl Teilnehmer:

Thun	101 Delegierte aus 38 Burgergemeinden
Münchenbuchsee	135 Delegierte aus 48 Burgergemeinden
Tavannes	50 délégués de 20 communes bourgeoises

Die Referate können von der Website des Schweizerischen Verbandes der Bürgergemeinden und Korporationen: www.svbk.ch unter Kanton Bern heruntergeladen werden.

Assemblées régionales d'information 2010

Comme les années passées, les assemblées régionales d'informations se sont à nouveau déroulées à Thoune, Münchenbuchsee et Tavannes.

A Münchenbuchsee et Thoune, M. Kuno Moser, Chef d'exploitation/Ingénieur forestier de la Commune bourgeoise de Bienne a traité le sujet des pistes pour VTT, M. Rolf Schneeberger, adjoint à l'inspecteur de la chasse a présenté la situation du gibier dans les forêts du canton de Berne et M. René Lehmann, caissier de la Commune bourgeoise de Lyssach a orienté l'assemblée sur la façon d'optimiser les impôts pour une Commune bourgeoise.

A Tavannes les orateurs de langue française étaient MM. Kuno Moser sur les pistes pour VTT, M. Louis Tschanz, garde-faune de Perrefitte sur la situation du gibier dans le canton de Berne et M. René Lehmann sur l'optimisation des impôts.

Nombre de participants:

Thoune	101 délégués de 38 Communes bourgeoises
Münchenbuchsee	135 délégués de 48 Communes bourgeoises
Tavannes	50 délégués de 20 Communes bourgeoises

Vorstandssitzungen 2010

Im laufenden Jahr fanden wiederum vier Vorstandssitzungen statt. Die beinahe lückenlose Präsenz aller Vorstandsmitglieder an den Sitzungen dokumentiert ein grosses Interesse an der Verbandstätigkeit und im weitesten Sinne an der Existenz der bernischen Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen.

Der Vorstand setzte sich unter anderem mit 17 Vernehmlassungen auseinander. Zu folgenden Gesetzen und Verordnungen wurden Stellungnahmen ausgearbeitet (siehe Seiten 21 – 26):

- Änderung des Sozialhilfegesetzes;
- Wasserstrategie 2010 des Kantons Bern;
- Optimierung der Förderung von Gemeindefusionen; Änderung der Kantonsverfassung und des Gemeindegesetzes.

Seit 2008 befasst sich eine interne Arbeitsgruppe „Erwachsenen- und Kinderschutzrecht“, zusammengesetzt aus Vertretern der Burgergemeinden Aarberg, Bern, Biel, Bözingen, Burgdorf und Thun unter der Leitung von Präsidentin Vreni Jenni-Schmid mit der Revision des Vormundschaftsrechts, neu Kindes- und Er-

wachsenenschutzrecht (KES). Zusätzlich fungierte eine externe Arbeitsgruppe mit Vreni Jenni-Schmid, Hans Georg Nussbaum und Theres Stämpfli als Schnittstelle zur Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion.

Hans Georg Nussbaum engagierte sich zudem an einer Arbeitstagung der Burgergemeinden der Region Büren, in Bütigen, wo er zum Thema „Einbürgerungen“ referierte. Er ging auf die verschiedenen Bürgerrechte (Schweizer Bürgerrecht, Kantonales Bürgerrecht, Bürgerrecht/Bürgerrechte der Einwohnergemeinde/Burgergemeinde) ein und erklärte die verschiedenen Erwerbsarten. Das Referat kann von der Website des Schweizerischen Verbandes der Bürgergemeinden und Korporationen: www.svbk.ch unter Kanton Bern heruntergeladen werden.

Für die ständige, sehr wertvolle Beratung zu fast allen Vernehmlassungen sei unserem Vorstandsmitglied, Hans Georg Nussbaum, einmal mehr bestens gedankt!

Séances du comité 2010

Dans l'année en cours, quatre séances du comité directeur ont de nouveau eu lieu. La présence de quasi tous les membres du comité directeur lors des séances est la preuve d'un grand intérêt pour l'activité de l'association et, dans le sens le plus large, pour l'existence des communes et corporations bourgeoises de Berne.

Le comité directeur s'est penché entre autres sur 17 consultations. Des prises de position ont été élaborées concernant les lois et ordonnances suivantes (voir pages 21 – 26):

- Modification de la loi sur l'aide sociale;
- Stratégie 2010 d'utilisation de l'eau du canton de Berne;
- Optimisation de l'encouragement des fusions de communes; modification de la Constitution cantonale et de la loi sur les communes.

Depuis 2008, un groupe de travail interne «Droit de protection de l'enfant et de l'adulte», composé de représentants des communes bourgeoises d'Aarberg, Berne, Bienne, Bözingen, Berthoud et Thoune sous la direction de la présidente Vreni Jenni-Schmid se consacre à la révision du droit de la tutelle, appelé désormais droit de la protection de l'enfant et de l'adulte (PEA). En outre, un groupe de travail externe composé de Vreni Jenni-Schmid, Hans Georg Nussbaum et Theres Stämpfli a servi d'interface avec la direction de la justice, des affaires communales et des affaires ecclésiastiques.

Hans Georg Nussbaum s'est en outre engagé lors d'un congrès professionnel des communes bourgeoises de la région de Büren, à Bütigen, où il a fait une conférence sur le thème «naturalisations». Il s'est penché sur les différents droits civiques (nationalité suisse, droit de cité cantonal, droit de cité / droits de bourgeoisie de la commune municipale / commune bourgeoise), expliquant les différents types d'acquisition. La conférence peut être téléchargée à partir du site Web de la Fédération suisse des bourgeoises et corporations www.svbk.ch sous «canton de Berne».

Pour ses conseils très précieux et permanents concernant presque toutes les consultations, nos chaleureux remerciements vont une fois de plus au membre de notre comité directeur Hans Georg Nussbaum!

Neue Vorstandmitglieder



Monika Gygax-Böninger, geb. 1963, ist verheiratet und Mutter zweier Kinder. Nach einer kaufmännischen Lehre liess sie sich zur Gemeindeschreiberin ausbilden. Nach vier Jahren Tätigkeit als Aktuarin im Richteramt Amt Signau in Langnau, nahm sie von 1987 bis 2001 das Amt der Gemeindeschreiberin von Obersteckholz war. Seit 2001 ist sie stellvertretende Gemeindeschreiberin von Rohrbachgraben und seit 2005 zudem Burgerschreiberin von Thunstetten. 2010 wurde sie als BDP-Mitglied der Region Langenthal in den Grosse Rat gewählt.

Monika Gygax-Böninger wurde von den Delegierten als Nachfolgerin der seit 1994 dem Vorstand angehörenden Marianne Glur-Schneider gewählt.



Sylvain Rossel, geb. 1958, ist verheiratet und Vater zweier Kinder. Er arbeitet in der Schweizerischen Nationalbibliothek und ist dort verantwortlich für Magazine und Logistik. Er ist seit 1984 Burgerrat der Gemeinde Prêles und seit 2001 deren Präsident. 2003 wurde er in den Vorstand der Association des Bourgeois du Jura bernois gewählt.

Sylvain Rossel tritt die Nachfolge von Martial Grosjean an, der von 1986 - 2010 dem Vorstand angehörte.

Den beiden neuen Vorstandsmitgliedern sei an dieser Stelle viel Freude und Befriedigung bei ihrer neuen Aufgabe gewünscht.

Neue Revisorin



Manuela Voegeli, geb. 1973, ist Mutter zweier Kinder und wohnt in Rüegsausachen. Nach ihrer Ausbildung zur Kaufmännischen Angestellten arbeitete sie in verschiedenen Betrieben in dieser Funktion. Heute ist sie als Treuhandsachbearbeiterin bei der Firma Treuhand Emme AG in Hasle-Rüegsau tätig. Seit 1998 übt sie das Amt der Finanzverwalterin der Burgergemeinde Sumiswald aus. In ihrer Freizeit widmet sie sich neben Anderem, der Kreidemalerei, dem Lesen und dem Fotografieren.

Manuela Voegeli wurde für die Amtsdauer 2010 – 2014 gewählt und tritt die Nachfolge von Revisor Markus Born an.

Mitglieder

Erfreulicherweise konnte mit der Commune bourgeoise Sorvilier ein neues Mitglied gewonnen werden. Damit zählt unser Verband neu 254 Mitglieder.

Membres

Avec la Commune bourgeoise de Sorvilier, c'est avec bonheur que nous avons accueilli un nouveau membre. De ce fait, l'ABCB compte désormais 254 membres.

Aufruf zur Mitteilung der Internetadresse

Der Verband bernischer Burgergemeinden und burgerlicher Korporationen hat unter der Rubrik Kantonalverbände auf der Homepage des SVBK einen eigenen Internetauftritt. Die dem VBBG angeschlossenen Burgergemeinden haben die Möglichkeit, daselbst – mit einem Link – auf ihre Burgergemeinde aufmerksam zu machen. Bisher haben 57 Burgergemeinden von diesem Angebot, das gratis ist, Gebrauch gemacht. Interessierte melden sich bei der Geschäftsstelle.

Appel à la communication de votre adresse Internet

L'Association bernoise des communes et corporations bourgeoises dispose d'un espace sur la fenêtre principale du site Internet de la Fédération suisse des Bourgeoisies et Corporations sous la rubrique „Associations cantonales / Kantonalverbände“. Les communes et corporations bourgeoises raccordées à Internet ont la possibilité d'ajouter leur "lien" gratuitement. Jusqu'à ce jour, ce sont pas moins de 50 membres de notre association qui ont profité gratuitement de cette offre. Les intéressés peuvent s'annoncer auprès du secrétariat.

Stellenangebote der Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen ins Internet stellen

Mit einem Inserat auf der Plattform

<http://www.begem.ch/de/stellen>

erreichen Sie die Zielgruppe direkt. Die Website wird vorwiegend von Angestellten der öffentlichen Verwaltung im Perimeter des Kantons Bern besucht.

Die Veröffentlichung kostet pro Inserat (je Aufschaltung) pauschal Fr. 100 (zzgl. MwSt), unabhängig von der Publikationsdauer.

Arbeitsplatzbewertungen für Finanzverwalter der Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen

Der Verband Bernischer Gemeindekader (BGK) bietet diese Dienstleistung den Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen an.

Weitere Auskünfte erhalten sie von:

René Lehmann

Kirchbergstrasse 1

3421 Lyssach

Telefon: 031 322 73 80

info@bglyssach.ch

Heraldik

Für Fragen im Zusammenhang mit Familienwappen steht der Heraldiker der Burgergemeinde zur Verfügung. Seine Anschrift:

Berchtold Weber

Kirchenfeldstrasse 2

3005 Bern

Telefon: 031 351 52 76

berchtold.weber@bluewin.ch

Heraldique

Pour toutes les questions en rapport avec les armoiries des familles, l'héraldiste de la Commune bourgeoise de Berne se tient à votre disposition.

Son adresse:

Berchtold Weber

Kirchenfeldstrasse 2

3005 Bern

Telefon: 031 351 52 76

berchtold.weber@bluewin.ch

Bestellung Drucksachen für Burger-Rödel

Die Staatskanzlei hat die Lieferung von Drucksachen für Burger-Rödel per sofort eingestellt und den Restbestand der Geschäftsstelle des VBBG übergeben. Solange Vorrat, können diese per Email: vbbg@bgbern.ch bestellt und gratis bezogen werden.

Und zwar das Formular Nr. 234 (alt 152 178) sowie die Titelseiten.

Commande d'imprimés pour les rôles des bourgeois

La chancellerie d'Etat a bloqué avec effet immédiat la livraison d'imprimés pour Burger-Rödel et remis le solde à livrer au secrétariat de l'ABCB. Dans la limite des stocks disponibles, les imprimés peuvent être commandés et obtenus gratuitement par e-mail adressé à vbbg@bgbern.ch.

Il s'agit du formulaire n° 234 (anciennement 152 178) ainsi que des pages de titre.

Informationen aus den Regionen

Association des bourgeoisies du Jura bernois

Composition du comité pour 2009 - 2010

Président	Gino Guerne Grand-Rue 6 2710 Tavannes 032 481 17 93	Secrétaire/ caissière	Céline Oppliger Rue du Petit-Bâle 10 2710 Tavannes 032 481 48 94
Vice-président	Jean-Philippe Gautier Les Verrennes 2607 Cortébert 032 489 30 46	Membres	Jean-Marc Henriksen Rière l'Eglise 8 2606 Corgémont 032 489 23 68
Membres	Béat Neukomm Rue de la Promenade 7 2732 Reconvilier 032 481 41 93		Sylvain Rossel Vue des Alpes 37 2515 Prêles 032 315 24 57
	Stève Garraux Sous Moron 9 2735 Malleray 078 878 12 98		

32ème Assemblée générale de l'Association des bourgeoisies du Jura bernois

Les délégués et les invités se sont retrouvés le samedi 25 septembre 2010 à Reconvilier où s'est déroulée la 32^{ème} Assemblée générale de l'ABJB. Les participants ont été accueillis dans la salle du Restaurant du Midi par les organisateurs qui leurs ont servi un café et un croissant. En début d'assemblée, le président de la bourgeoisie de Reconvilier et président d'organisation M. Béat Neukomm a présenté sa bourgeoisie et Monsieur Daniel Schär, conseiller municipal de Reconvilier a présenté sa commune. Le président de notre association Gino Guerne a présidé l'assemblée et tant le procès-verbal de la dernière assemblée que le rapport d'activités très complet ont été acceptés. Le point 4 de l'ordre du jour a spécialement retenu l'attention des délégués; il s'agissait d'accepter la demande d'admission de la Commune bourgeoise de Sorvilier. Après la lecture de la demande officielle par Gino Guerne, Monsieur Eric Bouchat, secrétaire de la Bourgeoisie de Sorvilier présenta sa commune. C'est par un vote unanime que l'adhésion de la Commune bourgeoise de Sorvilier fut acceptée comme 20^{ème} membre de notre association. Les comptes, le budget ainsi que les autres points de l'ordre du jour n'ont pas fait l'objet d'opposition. Après la démission du secrétaire-caissier Martial Grosjean lors de la dernière assemblée de Villeret, il a assuré l'intérim jusqu'à aujourd'hui. Au nom de notre association, Gino Guerne l'a remercié pour les services rendus et lui a remis une petite attention. Les recherches pour lui succéder ont abouti à la proposition de présenter une candidate, Madame Céline Oppliger de Tavannes. Nous félicitons Mme Oppliger pour sa nomination et lui souhaitons la bienvenue au sein du comité. En fin d'assemblée, les invités ont pris la parole pour présenter leurs messages et apporter leurs commentaires sur les points d'actualité. Mme Vreni Jenni-Schmid, pour l'Association bernoise et la Fédéra-

tion suisse. M. Gaspard Studer pour l'Association des Bourgeoisies de la République et Canton du Jura, M. Franz von Graffenried pour la Bourgeoisie de Berne, M. Gérald Montandon pour la Division forestière. Tout le monde s'est ensuite retrouvé pour l'apéritif, agrémenté des morceaux de l'Ecole de musique "La Schwitzoise" de Reconvilier. avant de passer à table pour déguster l'excellent repas préparé par le restaurateur du Midi. Nos plus sincères remerciements vont à Béat Neukomm et à son Conseil bourgeois pour la parfaite organisation de la journée.

Burgergemeinde Krattigen: Rücktritt von Burgerschreiber Willi Kummer



Bürgerpräsident Erich Luginbühl mit dem zurücktretenden Burgerschreiber Willi Kummer.

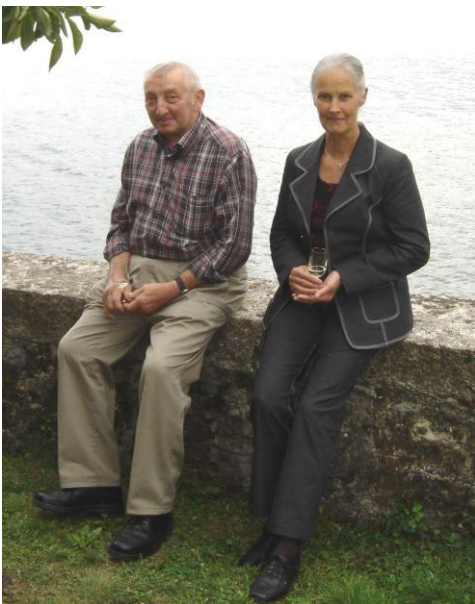
An der Burgergemeindeversammlung vom 4. Dezember 2009 in Krattigen ist der langjährige Bur-

gerschreiber Willi Kummer verabschiedet worden. Am 1. Januar 1969 hat er sein Amt als Burgerschreiber angetreten. Mit sehr viel Engagement, Herzblut und einem breiten Fachwissen hat sich Willi Kummer für das Wohl der Burgergemeinde eingesetzt. Wie kein anderer kennt er die Belange der Burgergemeinde. Zugleich tritt er auch als Sekretär/Kassier der Alpschaft Hellboden zurück. Dieses Amt übte er noch 5 Jahre länger aus. Als Nachfolgerin hat der Burgerrat Silvia Luginbühl gewählt.

Als Dank für seinen unermüdlichen Einsatz ist Willi Kummer anlässlich der Burgerversammlung ein Bergkristall, der seine Verbundenheit zur Natur und der Bergwelt widerspiegelt sowie ein kleiner Zustupf für die Reisekasse, überreicht worden.

Burgergemeinde Krattigen

Burgergemeinde Madiswil: Rücktritt von Bürgerpräsident Gottfried Ammann



Gottfried und Ruth Ammann.

Es war für die Burgergemeinde Madiswil ein Glücksfall, als Gottfried Ammann per 1.1.1978 erstmals in den Burgerrat gewählt wurde. Damit begann das Wirken eines ausserordentlich engagierten Mannes, dem das Wohl der Burgergemeinde Madiswil aber auch der Burgergemeinden ganz allgemein am Herzen lag. Bereits 2 Jahre nach seiner Wahl wurde Gottfried zum Vizepräsidenten und wiederum 2 Jahre später zum Präsidenten des Burgerrats gewählt. Dieses Amt führte er bis Ende 1989 mit viel Umsicht aus. Es folgte dann eine Pause von 8 Jahren bis Gottfried Ammann per 1.1.1998 zum zweiten Mal direkt als

Präsident in den Burgerrat gewählt wurde. In dieser Funktion war er weitere 12 Jahre bis Ende 2009 tätig. Insgesamt hat er sich somit während 24 Jahren in den Dienst der Burgergemeinde Madiswil gestellt.

Als Landwirt war Gottfried mit Wald und Land vertraut und er führte die Burgergemeinde Madiswil mit Herzblut und grosser Kompetenz. Er überliess nie etwas dem Zufall und bereitete sich jeweils seriös auf die Sitzungen vor. So war es auch selbstverständlich, dass er unzählige Sitzungen des Burgerrates wie auch die Burgergemeindeversammlungen souverän und speditiv leitete. Innerhalb des Rates sorgte er für ein gutes Klima und hatte auch für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger stets ein offenes Ohr. Viele wichtige Geschäfte wurden in seiner Amtszeit zu einem erfolgreichen Abschluss geführt. Gottfried war auch in hektischen Zeiten, wie z.B. nach dem Jahrhundert-Sturm "Lothar", ein verlässlicher Steuermann.

Die Burgergemeinde Madiswil dankt Gottfried Ammann für sein langjähriges Wirken ganz herzlich. In diesen Dank schliessen wir auch ganz besonders seine Ehefrau Ruth ein, welche ihren Ehemann im Stillen unterstützte und der Burgergemeinde manch guten Dienst erwies. Wir wünschen den beiden nun eine etwas ruhigere Zeit, frei von Verpflichtungen, und alles Gute für die Zukunft mit hoffentlich weiterhin vielen schönen Erlebnissen.

Burgerrat Madiswil, Ulrich Iseli, Vizepräsident

Burgergemeinde Safnern: Rücktritt von Burgerschreiber Hugo Hänzi



Burgerschreiber
Hugo
Hänzi.

Zur Eröffnung der Burgerversammlung spielte das von Hugo Hänzi neu gegründete Waldhorn-Quartett. Nach 39 Jahren tritt Hugo Hänzi auf Ende 2010 als Burgerschreiber der Burgergemeinde Safnern zurück. Während fast vier Jahrzehnten erlebte er als Burgerschreiber so manche Veränderung, sei es in der Burgergemeinde oder im Bereich des Gemeinde- und Zivilstandswesens. Mit seinem grossen Wissen stand er fünf Präsidenten zur Seite und setzte sich stets mit viel Herzblut für die Burgergemeinde Safnern ein. Der Burgerrat und die Burgergemeinde Safnern danken Hugo Hänzi an dieser Stelle nochmals ganz herzlich für seine langjährige, gewissenhafte Arbeit und wünschen ihm und seiner Familie viel Glück und persönliches Wohlergehen.

Burgergemeinde Safnern

Burgergemeinde Diessbach b. Büren: Rücktritt von Peter Schneider

An der Burgerversammlung vom 10. Dezember 1984 wurde Peter Schneider per 1. Januar 1985 als Nachfolger von Hans Rufer zum Burgerschreiber der Burgergemeinde Diessbach gewählt. Mit der Amtsübergabe auf Anfang 2011 an Nadja Bangerter geht für Peter Schneider die 26-jährige Amtszeit als Burgerschreiber zu Ende.



Burgerschreiber Peter Schneider.

Peter Schneider hat diverse Veränderungen miterlebt und bei einer Vielzahl von Projekten mitgearbeitet. Gerne zählen wir einige Highlights davon auf: Den Kauf des Forstfahrzeuges, die Holzvermarktung nach dem Sturm „Lothar“, den Wechsel zum Forstbetrieb Büren, diverse Reglementsänderungen und die Neugestaltung der Diessbacher Burgerwappen in Zusammenarbeit mit dem Berner Grafiker Hans Jenni. Ausserdem hat Peter

Schneider im Jahre 1991 den 91. Besuchstag der Burgergemeinde Diessbach organisiert und in Zusammenarbeit mit dem Burgerrat durchgeführt. Ein interessantes Programm mit Dorfrundgängen, Familienzusammenkünften, Gottesdienst und feinem Essen lockte ca. 450 Diessbach-Bürgerinnen und -bürger an. Mit der Geschichte von Diessbach ist Peter stark verbunden und mit Leib und Seele dabei, man kann dies sehen, beispielsweise an den diversen Büchern die er verfasst hat, oder mit welcher Freude und Sauberkeit er die Burgerodel führt.

Peter Schneider wird die neue Burgerschreiberin im nächsten Jahr einarbeiten und bis auf weiteres die Burgerodel der Burgergemeinde Diessbach betreuen.

Der Burgerrat und die Burgergemeinde danken Peter Schneider für sein Engagement zu Gunsten der Burgergemeinde Diessbach und für die langjährige und gute Zusammenarbeit.

Ebenfalls auf Ende des Jahres demissioniert hat Fritz Schneider, welcher die letzten vier Jahre als Präsident der Burgergemeinde Diessbach tätig war. Der Burgerrat und die Burgergemeinde danken Fritz Schneider für seine geleistete Arbeit und seinen Einsatz zu Gunsten der Burgergemeinde Diessbach.

Der Burgerrat Diessbach

Allgemeine Informationen / Informations générales

66. Generalversammlung des Schweizerischen Verbandes der Bürgergemeinden und Korporationen vom 4./5. Juni 2010 in Interlaken

Der Verband bernischer Bürgergemeinden und burgerlicher Korporationen durfte die diesjährige Generalversammlung des Schweizerischen Verbandes organisieren. Der Anlass konnte unter besten meteorologischen Bedingungen durchgeführt werden.

Während rund 210 Delegierte und Vorstandsmitglieder an der Generalversammlung teilnahmen und nach dem offiziellen Teil dem Referat von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf (das Referat kann unter www.svbk.ch/Download/diverses heruntergeladen werden) lauschten, profitierten 115 Personen vom Angebot, den neu eröffneten Jungfraupark (vormals Mystery Park) zu besuchen. Sie wurden vom Mystery Park Gründer Erich von Däniken empfangen, der sie mit einem spannenden Referat fesselte.

Nach dem Apéro auf dem Tellspielareal, wo der jurassische Kantonalverband mit der Käsespezialität „Tête de Moine“ auf die im nächsten Jahr in Delémont stattfindende Generalversammlung aufmerksam machte, schritten die Gäste zum Abendessen in die angrenzende Curlinghalle. Zum Auftakt und in mehreren Showblocks spielte die Brass Band Berner Oberland, dazwischen trat der Komiker und Unterhalter Gerhard Tschan auf.

Am Samstagmorgen fuhren rund 285 Personen mit der Dampfbahn auf das Briener Rothorn. Damit war die Kapazität bereits zur Saisonöffnung ausgeschöpft. Nach einem gemütlichen Lunch im Berghotel Rothorn Kulm kehrten die Ausflügler gemeinsam nach Brienz zurück und traten individuell ihre Heimreise an.

Der zweitägige Anlass war ein voller Erfolg. Dem Organisationskomitee unter der Leitung von Anita Luginbühl und den Mitgliedern Vreni Jenni, Markus Engemann, Peter Flück, Franz von Graffenried, Ernst Schaad und der Geschäftsstelle sei an dieser Stelle der beste Dank ausgesprochen.

Tradition und Kultur

Der Versuch, sich den Begriffen Kultur (lat., «Ackerbau») und Tradition (lat., «Überlieferung») zu nähern, sie gar zu vernetzen, artet unweigerlich ins Uferlose aus. Es sei denn, man beschränke sich auf einen Teilaspekt des Kulturbegriffs, etwa auf denjenigen des immateriellen Kulturerbes bzw. der lebendigen Traditionen.

Die massgeblichen Stellen in den Kantonen sind derzeit bemüht, die UNESCO-Konvention „zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes“ (von der Schweiz ratifiziert und seit dem 16. Oktober 2008 in Kraft) umzusetzen. Teil dieser Konvention ist es, das immaterielle Kulturerbe der Schweiz zu inventarisieren. Im Kanton Bern hat das Amt für Kultur eine externe Projektleitung, das Kurszentrum des Schweizerischen Freilichtmuseums Ballenberg in Brienz, damit beauftragt. Die Bürgergemeinden und burgerlichen Korporationen – sie gehören mit ihren Angehörigen wohl zu den Hauptträgern des immateriellen Kulturerbes im Kanton Bern – sind vom Amt für Kultur Mitte Juni 2010 auf diese Inventarisierung aufmerksam gemacht worden. Das Inventar soll später ins Internet gestellt werden und so online abrufbar sein.

Anfang Juni 2010 hat in Interlaken die Hauptversammlung des SVBK stattgefunden. In einer Region, in der neben der „Harderpotscheta“ in Interlaken selber, noch in einigen anderen Gemeinden lebendige Traditionen (u.a. Brauchtum) gepflegt werden. So auch in Bönigen, einer Nachbargemeinde von Interlaken. Der letzte noch lebendige Brauch in diesem Dorf ist der „Andresler“. Er lässt sich mit einem Satz umschreiben: Das Treiben beginnt beim Einnachten am 30. November, wenn die maskierten Kinder des Dorfes von Haus zu Haus laufen, Verslein aufsagen oder ein Lied singen und dafür beschenkt werden.

Aufzeichnungen vor 1950 und gesicherte historische Quellen zur Herkunft und Bedeutung dieses Brauches fehlen gänzlich. Das Treiben beruht einzig auf mündlicher Überlieferung und verändert sich in seiner äusseren Ausdrucksform von Generation zu Generation. Zwei Böniger Heimat- und Volkskundler haben in ihren Notizen (vor 1990) denn auch die starke Veränderung des Brauches, insbesondere der Masken und Darbietungen beklagt.

Wurden vor 1950 Körbe, Hutten, Räfe, an Stöcken angebundene Schweinsblasen und manchmal auch ein Tierlein mitgeführt, gehörten seither Indianer und andere „Gestalten“ mit zum Bild. Wurden früher Volkslieder vorgetragen, seien es nun Schlager, die geträllert würden. Gab es früher gedörrte Zwetschgen, Äpfel- und Birnenschnitze und Baumnüsse, würden die Säcke nun mit Schokoladenstengeln, Lebkuchen, kleinen Würstchen und oft auch Kleingeld gefüllt und nach Hause getragen.“

Aus heutiger Sicht und zeitgemässer Interpretation des Begriffes immaterielles Kulturerbe darf man also mit Fug und Recht von einer lebendigen Tradition sprechen. Ein immaterielles Kulturgut also, dessen Grundstruktur seit Jahrhunderten die gleiche ist, dessen äussere Ausdrucksform (Masken, Darbietungen) von den Ausführenden aber immer dem (Zeit-)Geist angepasst wurde und wird.

Dieser lebendig gebliebene Brauch – ein Stück (Dorf-)Kultur mit Tradition – passt denn auch nicht so recht in das enge Korsett eines Antragsformulars der geplanten Inventarisierung. Die Schwierigkeiten beginnen schon bei Punkt eins, der Berechtigung zur Antragstellung. Denn, einen Antrag auf Einschreibung können u.a. Vertreterinnen und Vertreter einer Gruppe von Personen stellen, die immaterielles Kulturerbe aktiv pflegen. Nur, in Bönigen existieren diese Personen als Gruppe nicht. Es sind vielmehr Grosseltern und Eltern die, zusammen mit ihren Enkelkindern und Kindern – ohne (lästige) Strukturen – dieses immaterielle Kulturerbe von Jahr zu Jahr aktiv weiterpflegen.

Walter Leimgruber, Ordinarius am Seminar für Kulturwissenschaft und Europäische Ethnologie an der Universität Basel, hat Sinn und Unsinn einer solchen Inventarisierung in seinem Artikel in der Neuen Zürcher Zeitung vom 2. September 2010 auf den Punkt gebracht:

Zitat „...Die Unesco-Liste erscheint eher als Ausdruck von Ratlosigkeit denn als sinnvolles Ziel. Nutzt man sie aber, um auf Prozesse kulturellen Tradierens aufmerksam zu machen, diese besser zu verstehen und auch zu fördern, dann kann die Konvention einen sinnvollen kulturpolitischen Anreiz bieten. ...“.

Seine Worte treffen auf die Situation in Bönigen und sicher auch auf viele andere kleine Schweizer Gemeinden zu. Immaterielle Kulturgüter und Traditionen lassen sich nicht durch Inventare „faktisch“ oder sogar „rechtlich“ schützen, wie es die UNESCO vorsieht. Der Denkansatz von Walter Leimgruber geht wohl in die richtige Richtung wenn er fordert: „Bund und Kantone sind daher gefordert, nicht nur Listen zu erstellen, sondern sich mit den Prozessen der Traditionsbildung in einer modernen, medialen und global vernetzten Welt auseinandersetzen. „

In erster Linie sind nun Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker aufgefordert, sich diesem Fragekomplex erneut zu stellen, korrigierend einzugreifen und nach sinnvollen Lösungen zu suchen. So müsste immaterielles Kulturerbe nach einer einheitlichen, internettauglichen Systematik erfasst werden um es dann vernetzt abrufen zu können. Auch Bürger- und Burgergemeinden und Korporationen sollten bei diesem Prozess nicht abseits stehen. Vielmehr sollten sie sich vermehrt um das Thema kümmern. Etwa auch Gelder bereitstellen, um so mitzuhelfen die Ergebnisse einer sinnvollen Umsetzung dieser UNESCO- Konvention zu publizieren.

Der Abruf des nach einer einheitlichen Systematik erfassten und vernetzten immateriellen Kulturerbes der Schweiz im Internet dürfte Überraschungen bereithalten und unser Bild von Kultur und Tradition verändern.

Peter Michel, Vorstandsmitglied

Informationen zu GERES/ZPV/Infostar

Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Präsidentin Vreni Jenni-Schmid hat sich an mehreren Sitzungen mit dem Zugriff der Burgergemeinden auf ihre Daten beim Kanton beschäftigt. Eine zwischen dem Amt für Informatik und Organisation (KAIO) ins Auge gefassten Lösung, via Anpassung der Verordnung über die Harmonisierung der amtl. Register, die Berechtigung für einen direkten Zugriff der Burgergemeinden auf das ZPV (Zentrale Personen Verwaltung) zu erhalten, scheiterte am Veto des Datenschützers. Es soll nun versucht werden, die Burgerdaten über Infostar zu beschaffen. Die ganze Angelegenheit ist aber dermassen komplex, dass sich der Vorstand entschlossen hat, einen externen Fachmann beizuziehen, der die entsprechenden Verhandlungen mit Bund und Kanton führen soll.

Informations sur la GCP et GERES

Un groupe de travail sous la direction de la présidente Vreni Jenni-Schmid s'est occupé à l'occasion de plusieurs séances de l'accès des communes bourgeoises à leurs données auprès du canton. Une solution envisagée entre l'Office d'informatique et d'organisation (OIO), consistant à obtenir un droit d'accès direct des communes bourgeoises à la Gestion centrale des personnes (GCP) via l'adaptation de l'ordonnance sur l'harmonisation des registres officiels, s'est heurtée au veto du préposé à la protection des données. Il s'agit maintenant d'essayer de se procurer les données relatives aux bourgeoisies par le biais d'Infostar. L'ensemble de l'affaire est toutefois tellement complexe que le comité directeur a décidé de recourir à un spécialiste externe censé mener les négociations correspondantes avec la Confédération et les cantons.

Vernehmlassung zur Optimierung der Förderung von Gemeindefusionen; Änderung der Kantonsverfassung (KV) und des Gemeindegesetzes (GG)

Die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion des Kantons Bern lud zur Vernehmlassung zur Optimierung der Förderung von Gemeindefusionen; Änderung der Kantonsverfassung und des Gemeindegesetzes ein. Der Vorstand des VBBG liess sich wie folgt vernehmen:

„Der Verband bernischer Burgergemeinden und burgerlicher Korporationen (VBBG) dankt Ihnen für die Möglichkeit, sich im Vernehmlassungsverfahren zur Vorlage äussern zu können, ebenso für die uns gebotene Möglichkeit, im Rahmen der Vorarbeiten in der Projektleitung die Anliegen des VBBG durch Frau Vreni Jenni sowie durch die in der Zwischenzeit in den Grossen Rat gewählte Frau Anita Luginbühl zu vertreten.

Allgemeine Bemerkungen

Die grundsätzliche Bedeutung der vorgesehenen Änderungen der Kantonsverfassung und des Gemeindegesetzes liegt in einer Einschränkung der Gemeindeautonomie und im Abbau des Selbstbestimmungsrechts der Gemeinden oder – wie es der Vortrag formuliert – in einer Lockerung der verfassungsmässigen Bestandegarantie der Gemeinden. Gemeinden können nicht darauf bauen, dass ihr Bestand unangetastet bleibt. Dies erfüllt uns mit gewisser Sorge, auch wenn die Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen einerseits nicht im Visier der angestrebten Reform stehen und auch wenn wir andererseits Verständnis für die Haltung des Kantons haben.

Der VBBG stimmt der Vorlage grundsätzlich zu, zwar ohne grosse Freude, aber im Bewusstsein und in der Erkenntnis, dass die Vorlage politisch notwendig und auch ausgewogen ist.

Zur Änderung der Kantonsverfassung

Nach dem geltenden Absatz 1 von Artikel 108 KV sind Bestand, Gebiet und Vermögen der Gemeinden gewährleistet und nach Absatz 3 bedarf die Aufhebung einer Gemeinde ihrer Zustimmung. Diese Bestimmungen sollen auch in Zukunft unverändert bleiben. Artikel 108 KV gilt auch für die Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen und wir begrüssen deshalb ausdrücklich, **dass die Absätze 1 und 3 von Artikel 108 KV nicht Gegenstand der Verfassungsänderung sein werden.**

Indessen fragen wir uns, ob es tatsächlich politisch klug sowie rechtlich korrekt ist, wenn in Absatz 3 von Artikel 108 KV die Zustimmung einer aufzuhebenden Gemeinde unverändert verankert bleibt, obwohl dies eigentlich so nicht zutrifft. Artikel 108a Absatz 3 KV sieht nämlich vor, dass Gemeinden zusammengeschlossen werden können, wenn kommunale, regionale oder kantonale Interessen dies erfordern. Diese neue Bestimmung relativiert Artikel 108 Absatz 3 KV erheblich, wonach eine Aufhebung einer Gemeinde ohne ihre Zustimmung nicht zulässig sei. Dies ergibt sich mit aller Deutlichkeit aus der Änderung von Artikel 4 GG, wonach bei der Anordnung von Gemeindezusammenschlüssen die Zustimmung aller Gemeinden nicht mehr erforderlich ist. Für uns stellt sich deshalb die Frage, ob aus Gründen der Transparenz und der Klarheit nicht bereits in Artikel 108 Absatz 3 ein Vorbehalt zugunsten einer Anordnung von Zusammenschlüssen von Gemeinden verankert werden sollte. Formulierungsvorschlag für Artikel 108 Absatz 3 KV: „Die Aufhebung einer Gemeinde bedarf ihrer Zustimmung. **Vorbehalten bleibt Artikel 108a Absatz 3.**“

Artikel 113 Absatz 4 KV sieht vor, dass Leistungen an Gemeinden aus dem Finanzausgleich gekürzt werden können, wenn sich Gemeinden einer Fusion widersetzen. Da diese Bestimmung die Burgergemeinden nicht betrifft, verzichten wir auf eine Stellungnahme dazu.

Zur Änderung des Gemeindegesetzes

Die Regelung von Zusammenschlüssen von Gemeinden auf Gesetzesstufe gilt von der Systematik her auch für die Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen, selbst wenn aus unserer Sicht die Einwohnergemeinden primär betroffen sein werden. Wir widersetzen uns deshalb dem nicht.

Nach Artikel 4c GG können sich nur gleichartige Gemeinden zusammenschliessen. Wir begrünnen diese Einschränkung ausserordentlich. Damit ist sichergestellt, dass Einwohnergemeinden die entsprechenden Burgergemeinden nicht zwingen können, sich an einer vorgesehenen Fusion zu beteiligen.

Die Burgergemeinden bleiben somit weiterhin bestehen, auch wenn ihre Einwohnergemeinden fusionieren sollten. Dass im Rahmen einer Einwohnergemeinde mehrere Burgergemeinden bestehen, ist nichts Neues. Eine solche Situation besteht schon seit Jahrzehnten bei der Einwohnergemeinde Biel mit den Burgergemeinden Biel und Bözingen oder bei der Einwohnergemeinde Thun mit den Burgergemeinden Thun und Strättligen. Dass dies auch in Zukunft so bleiben soll, begrünnen wir ausserordentlich.

Artikel 4f GG regelt die Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit ein Gemeindezusammenschluss gegen den Willen der davon betroffenen Gemeinden angeordnet werden kann, so wenn eine Gemeinde nicht mehr in der Lage ist, ihre Aufgaben dauerhaft selbstständig zu erfüllen. Die vorgesehenen Kriterien erscheinen sachgerecht und finden deshalb – im Rahmen unseren allgemeinen Bemerkungen – Zustimmung.

Zum Entwurf des Vortrags

Wir begrünnen ausdrücklich und danken für die Ausführungen, wonach es auch in Zukunft möglich ist, dass sich gemischte Gemeinden – u.a. im Rahmen eines Fusionsprojekts – in eine Einwohnergemeinde und in eine Burgergemeinde aufspalten können.

Für Ihre Kenntnisnahme sowie die Berücksichtigung unserer Anliegen bei der Weiterbearbeitung der Vorlage danken wir Ihnen bestens.“

Prise de position relative à l'optimisation de l'encouragement des fusions de communes; modification de la Constitution cantonale et de la loi sur les communes

La direction de la justice, des affaires communales et des affaires ecclésiastiques du canton de Berne a invité à prendre position sur l'optimisation de l'encouragement des fusions de communes et la modification de la loi sur les communes. Le comité directeur de l'ABCB a pris position comme suit:

«L'Association bernoise des communes et corporations bourgeoises (ABCB) vous remercie pour la possibilité de s'exprimer sur le projet de loi dans la procédure de consultation, ainsi que pour la possibilité qui nous est offerte de représenter dans la direction du projet, dans le cadre des travaux préparatoires, les desiderata de l'ABCB par le biais de Mme Vreni Jenni et de Mme Anita Luginbühl, élue entre-temps au Grand conseil.

Remarques générales

L'importance fondamentale des modifications prévues de la Constitution cantonale et de la loi sur les communes consiste dans une limitation de l'autonomie communale et dans la réduction du droit à l'autodétermination des communes, ou – comme formulé dans l'exposé – en un assouplissement de la garantie de l'existence des communes. Celles-ci ne peuvent pas compter sur le caractère intact de leur existence. Cela nous préoccupe passablement, même si, d'un côté, les communes et les corporations bourgeoises ne sont pas dans le collimateur de la réforme envisagée, et d'un autre côté nous éprouvons de la compréhension à l'égard de la position du canton.

L'ABCB approuve le projet de loi sur le principe, certes pas avec grand plaisir, mais avec la conscience et la reconnaissance de sa nécessité politique et de son caractère équilibré.

Concernant la modification de la Constitution cantonale

Selon l'alinéa 1 en vigueur de l'article 108 CC, l'existence, le territoire et les biens des communes sont garantis, et en vertu de l'alinéa 3, la suppression d'une commune nécessite son accord. Ces dispositions doivent rester inchangées à l'avenir également. L'article 108 CC s'applique également aux communes et corporations bourgeoises, raison pour laquelle nous nous réjouissons expressément du fait **que les alinéas 1 et 3 de l'article 108 CC seront exclus de la modification de la Constitution.**

Cela étant, nous nous posons la question de savoir s'il est réellement intelligent du point de vue politique, et correct du point de vue juridique, qu'à l'alinéa 3 de l'article 108 CC l'accord d'une commune à supprimer demeure ancré bien que cela ne soit en réalité par le cas. L'article 108a alinéa 3 CC prévoit en effet que des communes peuvent être fusionnées lorsque des intérêts communaux, régionaux ou cantonaux l'exigent. Cette nouvelle disposition relativise considérablement l'article 108 alinéa 3 CC selon lequel la suppression d'une commune n'est pas permise sans son accord. Cela résulte très nettement de la modification de l'article 4 LCo en vertu duquel, en cas d'arrêté de fusion de communes, l'accord de toutes les communes n'est plus nécessaire. Pour nous, la question se pose dès lors de savoir si, pour les raisons de transparence et de clarté, une réserve en faveur de l'arrêté de fusion de communes ne devrait pas déjà être ancrée dans l'article 108 alinéa 3. Proposition de formulation pour l'article 108 alinéa 3 CC: «La suppression d'une commune nécessite son accord. **L'article 108a alinéa 3 demeure réservé.**»

L'article 113 alinéa 4 CC prévoit que les prestations aux communes provenant de la péréquation financière peuvent être réduites lorsque des communes s'opposent à une fusion. Étant donné que cette disposition ne concerne pas les communes bourgeoises, nous renonçons à prendre position à son sujet.

Concernant la modification de la loi sur les communes

Du point de vue systématique, la réglementation des fusions de communes au niveau de la loi s'applique également aux communes et corporations bourgeoises, bien que de notre point de vue les communes municipales seront affectées en premier lieu. C'est pourquoi nous ne nous y opposons pas.

En vertu de l'article 4c LCo, seules les communes de même nature peuvent fusionner. Nous sommes tout à fait favorables à cette restriction. Elle permet de garantir que les communes municipales ne soient pas en mesure de forcer les communes bourgeoises correspondantes à participer à une fusion prévue.

Les communes bourgeoises continuent donc d'exister même lorsque leurs communes municipales fusionnent. Le fait qu'une commune municipale puisse contenir plusieurs communes bourgeoises ne constitue pas une nouveauté. Une telle situation existe déjà depuis des décennies dans la commune municipale de Bienne avec les communes bourgeoises de Bienne et Bözingen, ou dans la commune municipale de Thoune avec les communes bourgeoises de Thoune et Strättligen. Nous sommes ravis que cela ne change pas à l'avenir.

L'article 4f LCo quant à lui règle les conditions qui doivent être remplies afin qu'une fusion de communes puisse être ordonnée contre la volonté des communes concernées, par exemple lorsqu'une commune n'est plus en mesure de remplir durablement ses tâches de façon autonome. Les critères prévus semblent adéquats, raison pour laquelle nous les approuvons dans le cadre de nos remarques générales.

Concernant le projet de la conférence

Nous exprimons notre contentement et nos remerciements pour les explications selon lesquelles il sera possible, à l'avenir également, pour des communes mixtes – notamment dans le cadre d'un projet de fusion – de se scinder en une commune municipale et une commune bourgeoise.

Merci beaucoup de bien vouloir prendre note de ce qui précède et tenir compte de nos souhaits dans le cadre de l'élaboration du projet de loi.»

Vernehmlassung zu den Änderungen des Sozialhilfegesetzes vom 11. Juni 2001

Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern lud zur Vernehmlassung zu den Änderungen des Sozialhilfegesetzes vom 11. Juni 2001 ein. Der Vorstand des VBBG äusserte sich folgendermassen:

„Mit Schreiben vom 1. Dezember 2009 haben Sie u.a. den Verband bernischer Bürgergemeinden und bürgerlicher Korporationen zur Vernehmlassung über Änderung des Sozialhilfegesetzes vom 11. Juni 2001 eingeladen. Dafür danken wir Ihnen und äussern uns dazu wie folgt:

Art. 8

Das neu geschaffene Sozialhilfeheimnis des Abs. 1 und die Befreiung von der Anzeigepflicht mit Ausnahme bei bestimmten Delikten in Abs. 2 werden begrüsst.

Art. 8a

Abs. 5 verlangt eine gesetzliche Grundlage für alle Abfragen. Dieser Punkt wird unterstützt und ist absolut notwendig, wenn ein gewisser Persönlichkeits- und Datenschutz erreicht werden soll.

Art. 8b

Auskunftspflichtig sollten auch Medizinalpersonen und explizit auch die Polizei sein.

Art. 17

Der Erweiterung des Aufgabenbereichs der Sozialbehörde wird zugestimmt.

Art. 19c

Unser Verband unterstützt diesen neuen Artikel. Er möchten aber auch zum Verordnungstext gemäss Abs. 33 Stellung nehmen können.

Art. 33

Wir können uns schwerlich vorstellen, dass mit der Aufhebung dieses Artikels keine Leistungskürzung vorgesehen ist. Das ursprüngliche Ziel des Dekrets, eine Sozialhilfeabhängigkeit zu vermeiden, kann unseres Erachtens mit den bestehenden Mitteln künftig nicht immer erreicht werden.

Art. 40

In Abs. 1 fehlen die Kriterien, was eine „wesentliche Verbesserung“ darstellt. Ein Entscheid sollte nicht einfach der zuständigen Behörde überlassen werden.

Der letzte Satzteil in Abs. 4 ist zu streichen, da unseres Erachtens bei grobem Verschulden sofort Abzüge möglich sein müssen.

Art. 43

Abs. 2 sollte die Befreiung der Rückerstattungspflicht auch während der Teilnahme an Programmen der „sozialen Integration“ vorsehen.

Übergangsbestimmungen

Zu Ziff. 1 wird auf unsere Bemerkungen zu Artikel 33 verwiesen.

Zu den übrigen vorgeschlagenen Bestimmungen haben wir keine Bemerkungen anzubringen und sind damit einverstanden. Für Ihre Kenntnisnahme sowie die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen bestens.“

Prise de position concernant les modifications de la loi sur l'aide sociale du 11 juin 2001

La direction de la santé publique et de la prévoyance sociale du canton de Berne a invité à prendre position sur les modifications de la loi sur l'aide sociale du 11 juin 2001. Le comité directeur de l'ABCB s'est exprimé comme suit:

«Par courrier du 1^{er} décembre 2009, vous avez invité entre autres l'Association bernoise des communes et corporations bourgeoises à prendre position sur la modification de la loi sur l'aide sociale du 11 juin 2001. Nous vous en remercions et prenons position comme suit:

Art. 8

Nous sommes favorables au secret de l'aide sociale créé par l'al. 1 et à l'exemption de la déclaration obligatoire à l'exception de certains délits de l'al. 2.

Art. 8a

L'al. 5 exige une base légale pour tous les interrogatoires. Ce point est soutenu, étant absolument nécessaire lorsqu'il faut atteindre une certaine protection de la personnalité et des données.

Art. 8b

Le personnel médical, ainsi qu'explicitement la police, devraient également être tenus de renseigner.

Art. 17

Nous approuvons l'extension des tâches de l'autorité sociale.

Art. 19c

Notre association soutient ce nouvel article. Il aimerait toutefois pouvoir prendre position également sur le texte de l'ordonnance conformément à l'al. 33.

Art. 33

Nous avons de la peine à imaginer que la suppression de cet article ne revient pas à prévoir une diminution des prestations. L'objectif initial du décret consistant à éviter une dépendance de l'aide sociale ne pourra à notre avis pas toujours être atteint avec les moyens à disposition.

Art. 40

À l'al. 1, les critères définissant une «amélioration notable» font défaut. Une décision ne devrait pas simplement être laissée à l'autorité compétente.

Le dernier élément de phrase de l'al. 4 doit être biffé, étant donné qu'à notre avis en cas de faute grave il doit être possible de procéder immédiatement à des déductions.

Art. 43

L'al. 2 devrait prévoir la renonciation au remboursement également pendant la participation à des programmes d'«intégration sociale».

Dispositions transitoires

En ce qui concerne le ch. 1, nous renvoyons à nos remarques concernant l'article 33.

En ce qui a trait aux autres dispositions proposées, nous n'avons pas de remarques à formuler, et sommes d'accord avec elle. Nous vous remercions de bien vouloir prendre note de ce qui précède et en tenir compte.»

Wasserstrategie 2010 des Kantons Bern; Mitwirkung

Der Vorstand äusserte sich im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens zur Wasserstrategie 2010 des Kantons Bern gegenüber der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion wie folgt:

„Als Vertreter der bernischen Bürgergemeinden und burgerlichen Korporationen, Eigentümer von beachtlichen Waldflächen, landwirtschaftlichen Gütern und Quellen, bedauern wir, dass unser Verband nicht in das Mitwirkungsverfahren einbezogen wurde. Wir erlauben uns trotzdem zur Wasserstrategie 2010, die wir mit Interesse zur Kenntnis genommen haben, Stellung zu nehmen.

Wir unterstützen Ihr Postulat der Nachhaltigkeit im Zusammenspiel von Gesellschaft/Wirtschaft/Umwelt und haben – basierend darauf – folgende Bemerkungen:

- Wald im Bereich von Grundwasserschutzgebieten erbringt ohne Zweifel eine bedeutsame Reinigungsleistung für das Trinkwasser und damit für die Allgemeinheit. Eine Ausweitung der Grundwasserschutzgebiete im Wald kann die Pflege und Nutzung des Waldes erheblich einschränken, was auch Kostenfolgen für den Waldeigentümer hat. Deshalb sollte unbedingt über eine Entschädigung nachgedacht werden.
- Projekte im Wald, die Auswirkungen auf den Grundwasserspiegel haben, beeinträchtigen auch das Waldökosystem und dadurch auch den Wert der Waldgrundstücke. Es ist ebenfalls über eine Entschädigung zu diskutieren.
- Wasser ist ein gewichtiges Element der produzierenden Landwirtschaft. Für die Aufrechterhaltung des gut funktionierenden dezentralen Wasserversorgungssystems und für die nachweisliche Verbesserung der Wasserqualität sind in den letzten Jahren beträchtliche Mittel aufgewendet worden. Es ist deshalb nicht einzusehen, warum diese hohen Investitionen in die private Trinkwasserversorgung zugunsten neuer öffentlicher Einrichtungen, deren Erstellung zudem neue, unangemessen hohe und unseres Erachtens eben unnötige Kosten verursacht, „vernichtet“ werden sollen. Ein Mehrwert ist auch nicht ersichtlich. Die Anpassung an das vorgesehene System mit der zwangsweisen Anschlusspflicht greift unserer Meinung nach zudem unerlaubterweise in die Eigentumsгарantie ein.

Wir danken Ihnen, dass Sie unsere Anliegen in die weiteren Überlegungen zur wichtigen Wasserstrategie 2010 einbeziehen.“

Stratégie 2010 d'utilisation de l'eau du canton de Berne; participation

Dans le cadre de la procédure de participation à la stratégie 2010 d'utilisation de l'eau du canton de Berne, le comité directeur s'est adressé à la direction des travaux publics, des transports et de l'énergie comme suit:

«En tant que représentant des communes et corporations bourgeoises bernoises, propriétaires de surfaces forestières considérables, de biens agricoles et de sources, nous regrettons que notre association n'ait pas été invitée à participer à la procédure de participation. Nous nous permettons néanmoins de prendre position sur la stratégie et 2010 d'utilisation de l'eau, dont nous avons pris connaissance avec intérêt.

Nous appuyons votre postulat de durabilité dans l'interaction société / économie / environnement, et formulons - en nous basant dessus - les observations suivantes:

- La forêt dans les zones de protection de la nappe phréatique fournit sans aucun doute une prestation importante de nettoyage pour l'eau potable, et partant pour la communauté. L'extension des zones de protection de la nappe phréatique aux forêts peut limiter considérablement les soins et l'utilisation de celles-ci, ce qui entraîne également des coûts pour les propriétaires de forêts. C'est pourquoi il faudrait absolument réfléchir à une indemnisation.
- Le projet dans la forêt ayant des répercussions sur la nappe phréatique compromettent également l'écosystème forestier, et par conséquent aussi la valeur des parcelles forestières. Il faut également discuter d'une indemnisation.
- L'eau est un élément important de la production agricole. Pour le maintien du bon fonctionnement du système d'approvisionnement en eau décentralisé et pour l'amélioration incontestable de la qualité de l'eau, des moyens considérables ont été mis en oeuvre ces dernières années. On ne voit dès lors pas pourquoi ces gros investissements dans l'approvisionnement privé d'eau potable doivent être «détruits» en faveur de nouvelles installations publiques dont la fabrication occasionnera au demeurant de nouveaux coûts, disproportionnés et à notre avis superflus. Il n'est pas non plus évident qu'il en résultera une plus-value. En outre, l'adaptation au système prévu avec l'obligation absolue de s'y raccorder constitue selon notre opinion une atteinte illicite à la garantie de la propriété.

Nous vous remercions de bien vouloir intégrer nos desiderata dans vos réflexions ultérieures concernant l'importante stratégie 2010 d'utilisation de l'eau.»

Neues Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KES) (bisher Vormundschaftsrecht)

Der Grosse Rat hat in seiner Januarsitzung die Modellfrage und die entsprechenden Eckwerte beraten und eine Planungserklärung gutgeheissen. Danach ist der Kindes- und Erwachsenenschutz grundsätzlich eine kantonale Aufgabe. Der Grosse Rat hat indessen zugestanden, dass für die Burgergemeinden eine eigene Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde geschaffen wird. In der Projektorganisation der Justizdirektion, die den Auftrag hat, ein Einführungsgesetz auszuarbeiten, war der VBBG durch unser Vorstandsmitglied Hans Georg Nussbaum vertreten. Dieser konnte erreichen, dass die Anliegen des VBBG berücksichtigt wurden. Die offizielle Vernehmlassung dazu, soll zu Beginn des nächsten Jahres erfolgen. Der VBBG konnte sich jedoch ein erstes Mal bereits zum vorhandenen Entwurf äussern.

Unter der Leitung von Hans Georg Nussbaum ist eine Arbeitsgruppe mit Theres Stämpfli, Manuel C. Frick und Niklaus Lundsgaard-Hansen, alle Fürsprecher, dabei, Grundlagen zur künftigen Organisation des Kindes- und Erwachsenenschutzes der Burgergemeinden, Gesellschaften und Zünfte zu erarbeiten. Das Ergebnis dieser Arbeiten wird der Arbeitsgruppe des Vorstandes zu Beginn des nächsten Jahres unterbreitet.

Nouveau droit de la protection de l'enfant et de l'adulte (PEA) (anciennement droit de la tutelle)

Lors de sa séance de janvier, le Grand conseil a délibéré sur la question du modèle et les indices repère correspondants, et approuvé une déclaration de planification. Aux termes de celle-ci, la protection de l'enfant et de l'adulte est en principe une tâche cantonale. Le Grand conseil a cependant admis qu'une autorité propre de protection de l'enfant et de l'adulte soit créée pour les communes bourgeoises. Dans l'organisation du projet de la Direction de la justice, qui a été chargée d'élaborer une loi d'introduction, l'ABCB a été représentée par le membre de notre comité directeur Hans Georg Nussbaum. Celui-ci est parvenu à obtenir que les souhaits de l'ABCB soient pris en considération. La prise de position officielle y relative aura lieu au début de l'année prochaine. L'ABCB a toutefois pu s'exprimer déjà une première fois sur le projet existant.

Sous la direction de Hans Georg Nussbaum, un groupe de travail composé de Theres Stämpfli, Manuel C. Frick et Niklaus Lundsgaard-Hansen, tous avocats, est en train d'élaborer les bases de l'organisation future de la protection de l'enfant et de l'adulte des communes, sociétés et corporations bourgeoises. Le résultat de ces travaux sera soumis au groupe de travail du comité directeur au début de l'année prochaine.

Wichtige Daten / Dates importantes

Datum/Date	Ort/Lieu	Anlass/Rencontre
14. Mai/mai 2011	Nidau	Hauptversammlung unseres Verbandes Assemblée générale de notre Association
24 septembre 2011	Romont	Assemblée générale de l'Association des bourgeoisies du Jura bernois (ABJB)
Herbst/automne 2011	Diverse	Regionalversammlungen/Assemblées régionales d'information
05. Mai/mai 2012	Tavannes	Hauptversammlung unseres Verbandes Assemblée générale de notre Association
17./18. Juni/juin 2011	Delémont	Generalversammlung des Schweiz. Verbandes der Bürgergemeinden und Korporationen (SVBK) Assemblée générale de la Fédération suisse des Bourgeoisies et Corporations

Dank und Ausblick

Der Verband bernischer Bürgergemeinden und burgerlicher Korporationen kann wiederum auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken. Der Vorstand dankt den Mitgliedern für die Verbandstreue und wird auch im kommenden Jahr alles daran setzen, die Interessen der bernischen Bürgergemeinden und burgerlichen Korporationen weiterhin bestmöglich zu vertreten.

Remerciements et perspectives

L'Association bernoise des communes et corporations bourgeoises peut de nouveau porter un regard satisfaisant sur ses activités de l'année écoulée. Le comité remercie les membres qui ont fait preuve de fidélité à l'association et les assure qu'il fera tout son possible pour représenter au mieux leurs intérêts également dans les années à venir.

Gemeindefusionen aus der Sicht des Kantons



Sehr geehrte Frau Präsidentin,
Sehr geehrte Damen und Herren

Vorab möchte ich mich bedanken, dass ich die Gelegenheit erhalten habe, an Ihrer Hauptversammlung hier in Sumiswald teilnehmen zu dürfen. Ich darf Ihnen dabei die besten Grüsse der bernischen Kantonsregierung überbringen, die Ihnen für Ihre Arbeit zum Wohle des Kantons und seiner Bevölkerung dankt.

Meine Damen und Herren, weitgehend unbestritten ist, dass sich das Umfeld der Gemeinden mit dem gesellschaftlichen, technologischen, politischen und wirtschaftlichen Wandel der letzten Jahre rasant und teilweise tief greifend verändert hat. Die Gemeinden müssen den wachsenden Ansprüchen ihrer Bevölkerung gerecht werden und immer mehr und immer anspruchsvollere Aufgaben übernehmen. Fortwährend müssen sie ihre Strukturen den auf Bundes- und Kantonsebene laufenden Reformen anpassen. Diese werden zum Teil erhebliche Auswirkungen haben. Zu denken ist da beispielsweise an die Umsetzung des neuen Erwachsenen- und Kinderschutzrechtes.

Hinzu kommt die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise, die auch den Kanton Bern erfasst hat und die mit etwas Verzögerung auch die Gemeinden treffen wird. Trotz des guten Rechnungsabschlusses 2009 kann der Kanton nicht ausschliessen, dass in den kommenden Jahren in verschiedenen Bereichen ein Leistungsabbau in Kauf genommen werden muss. Es wird einige Bereiche geben, wo wir uns vom gewohnt hohen Standard verabschieden und den Gürtel enger schnallen müssen.

Dem geschilderten Wandel können und wollen wir uns nicht entziehen. Viele der Entwicklungen sind nicht direkt steuerbar. Kanton und Gemeinden können aber gute Rahmenbedingungen schaffen, welche auch unter dem veränderten Umfeld eine optimale Leistungserbringung gewährleisten. Damit kommt den Reformen und namentlich den freiwillig eingeleiteten und umgesetzten Zusammenschlüssen von Gemeinden, den Auflösungen von Korporationen oder deren Überführung in privatrechtliche Gebilde immer grössere Bedeutung zu. Ich möchte darum heute als Gemeindedirektor ein paar Gedanken zu dieser Thematik aufnehmen. Wenn ich in diesem Zusammenhang von Gemeinden spreche, meine ich alle gemeinderechtlichen Körperschaften, die dem Gemeindegesetz unterstellt sind. Die Burgergemeinden und die burgerlichen Korporation sind mehr oder weniger betroffen. Aber mindestens „Berührungspunkte“ bestehen. Ich bin deshalb der Meinung, dass auch die Burgergemeinden und die burgerlichen Korporationen mit diesem Thema konfrontiert sind oder konfrontiert werden müssen.

Der Kanton Bern – d.h. Regierungsrat und Grosse Rat – hat heute eine klare Vorstellung, in welche Richtung sich die Gemeinden in den nächsten Jahren entwickeln sollen. Der Kanton will starke und leistungsfähige Gemeinden, die ihre Aufgaben selbstständig, eigenverantwortlich und in der gebotenen Qualität wahrnehmen können.

Die Gemeinden sollen gestärkt werden. Allerdings soll das Bewährte des feingliedrigen föderalistischen Systems nicht über Bord geworfen werden. Zum Bewährten zähle ich beispielsweise auch unser Milizsystem. Ein Milizsystem, das Bodenhaftigkeit, Nähe zur Bürgerin und zum Bürger, hohe Legitimation und weit reichende Identität garantiert.

Ein Blick auf die aktuelle Gemeindeflandschaft zeigt, dass 1/3 der politischen Gemeinden in unserem Kanton unter 500 Einwohnern und mehr als die Hälfte unter 1000 Einwohner zählen. Es werden vorwiegend die kleinen Gemeinden sein, die zunehmend Schwierigkeiten haben werden, sei es finanziell oder sei es, weil sie ihre Organe nicht mehr bestellen können. Es ist darum gut und wichtig, dass sich die Gemeindeflandschaft auch im Kanton Bern – dem Kanton mit den meisten Kleinstgemeinden – bewegt.

Reformbedarf besteht aber auch bei einzelnen burgerlichen Kleinstkörperschaften. Solche Körperschaften haben oft Mühe, sämtliche Vorschriften der Gemeindegeseztgebung einzuhalten. Häufig verfügen sie auch nicht mehr über genügend Mitglieder, um die notwendigen Organe zu besetzen. Diesem Umstand trägt das „Konzept Auflösung Kleinstkörperschaften“ Rechnung, das Ihnen an Ihrer letztjährigen Hauptversammlung vom Vorsteher des Amtes für Gemeinden und Raumordnung vorgestellt wurde. In diesem Konzept werden verschiedene Möglichkeiten mit den jeweiligen Vor- und Nachteilen zur Lösung der Problematik aufgezeigt. Es ist in erster Linie an diejenigen Kleinstkörperschaften gerichtet, die den gemeinde- und aufsichtsrechtlichen Vorgaben nicht mehr nachkommen können. Ich bin froh, dass einzelne Kleinstkörperschaften das Konzept schon angewendet haben, wie jüngst die Dorf- und Schwellenkorporation Ranflüh, die sich in eine privatrechtliche Korporation umgewandelt hat.

Dass die Berner Gemeinden und ihre Bevölkerung fähig sind, sich zu wandeln, beweist nicht zuletzt die beeindruckende Zahl der Gemeindefreformprojekte bei den politischen Gemeinden, aber auch die Veränderungen, die bei den Burgergemeinden in den letzten Jahren vollzogen wurden. Heute existieren im Kanton Bern noch 388 Einwohner- und gemischte Gemeinden und insgesamt 197 Burgergemeinden und 83 burgerliche Korporationen. In ca. 20 Projekten mit ca. 100 beteiligten Gemeinden werden zurzeit die Vor- und die Nachteile eines Zusammenschlusses abgeklärt.

Ich bin zuversichtlich, dass die Gemeinden alles unternehmen, um mit geeigneten Reformen – dazu zähle ich auch die Gemeindefzusammenschlüsse – ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen oder mindestens zu halten. Dabei unterstütze ich mit Überzeugung das Prinzip der Freiwilligkeit. Reformen, insbesondere Zusammenschlüsse, sollen wachsen und zwar von unten nach oben. Die Bevölkerung muss überzeugt sein, dass der von den Gemeindebehörden eingeschlagene Weg für sie der richtige ist.

Das Reformtempo im Kanton Bern soll erhöht werden. Dies hat der Grosse Rat im vergangenen November bei der Beratung des regierungsrätlichen Berichts zur erfolgten Evaluation des Gemeindefusionsgesetzes unterstrichen. Mit Planungserklärungen hat er sich u.a. dahingehend geäussert, dass auch die verfassungsmässige Bestandesgarantie hinterfragt werden soll. Heute garantiert die Kantonsverfassung bekanntlich in Art. 108 den Bestand, das Gebiet und das Vermögen aller gemeindefrechtlichen Körperschaften, somit auch der Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen. Eine Burgergemeinde kann heute nur mit Zustimmung ihrer Mitglieder aufgehoben oder allenfalls fusioniert werden.

Mit einer Verfassungsänderung – Sie wurden letztes Jahr darüber im Detail informiert – soll nun die Möglichkeit geschaffen werden, dass der Grosse Rat Fusionen in bestimmten Fällen auch gegen den Willen der Gemeinde anordnen kann. Beispielsweise, wenn die Existenz einer Gemeinde in Frage gestellt ist und sich keine Übernahmepartnerin finden lässt. Über die Verfassungsänderung wird es voraussichtlich im Jahr 2012 zu einer Volksabstimmung kommen.

Es ist äusserst erfreulich festzustellen, dass die Gemeinden des Kantons Bern immer noch gesund sind und dass es ihnen bis anhin gelungen ist, trotz zunehmendem Gegenwind die Finanzen im Griff zu behalten. Aus den aktuellen Unterlagen des Amtes für Gemeinden und Raumordnung geht hervor, dass die finanzielle Situation nicht nur bei den politischen Gemeinden sondern auch bei den bernischen Burgergemeinden mehrheitlich gut ist. Nach den letzten bekannten Referenzzahlen verbuchte Ende 2008 keine Burgergemeinde einen Bilanzfehlbetrag.

Erkennbar ist allerdings auch, dass sich in Zukunft ein anderes Bild zeigen könnte. Die Wirtschaftskrise wird sich mit Verzögerung auch auf den Finanzhaushalt der Gemeinden auswirken. Ein weiterer Grund, dass wir jetzt agieren und nicht warten, bis wir nur noch reagieren müssen.

Welche Rolle spielen die Bürgergemeinden und die burgerlichen Korporationen bei Zusammenschlüssen von politischen Gemeinden?

Bei Zusammenschlüssen von politischen Gemeinden geht es nicht darum, die Bürgergemeinden unter Druck zu setzen oder sogar zu gefährden, wie dies hie und da bei Fusionsprojekten kritisch vermerkt wird. Die Bürgergemeinden spielen eine sehr wichtige Rolle bei solchen Projekten und sie können starken Einfluss nehmen auf den Verlauf der Prozesse. Sie können ein Fusionsprojekt von politischen Gemeinden sogar zu Fall bringen, wie die Erfahrung gezeigt hat. Die Befürchtungen der Bürgergemeinden, mit Zusammenschlüssen von politischen Gemeinden werde gleichzeitig die Existenz der Bürgergemeinden in Frage gestellt, ist unberechtigt. Die Zusammenschlüsse von politischen Gemeinden haben grundsätzlich keine direkten Auswirkungen auf die Bürgergemeinden. Sowohl die politischen Gemeinden als auch die Bürgergemeinden befinden unabhängig voneinander über ihre Zukunft.

Ich – und mit mir sicher auch die betroffenen politischen Gemeinden – bin Ihnen daher dankbar, wenn sie die Zusammenschlussprozesse der politischen Gemeinden unterstützen und nicht bekämpfen.

Dass der Zusammenschluss von politischen Gemeinden in Einzelfällen auch Anlass geben kann, über die Strukturen von Bürgergemeinden, burgerlichen Korporationen, aber auch Kirchgemeinden, nachzudenken, ist hingegen unbestritten.

Zusammenfassend bedeuten also Gemeindereformen und Strukturwandel im Kanton Bern nicht, die Gemeindeflandschaft von heute auf morgen radikal umzugestalten, wie dies andere Kantone wie Glarus vormachen. Mit massgeschneiderten Reformen wollen wir bei Kanton und Gemeinden das Bewusstsein für die wachsenden Anforderungen an das Gemeinwesen stärken.

Artikel 63 des Gemeindegesetzes beauftragt die Gemeinden – somit auch die Bürgergemeinden und burgerlichen Korporationen –, die Art und Weise ihrer Aufgabenerfüllung periodisch zu prüfen und den geänderten Rahmenbedingungen anzupassen. Die Frage lautet: Tut die Gemeinde das Richtige auf die richtige Art und Weise?

Es gilt im weiteren, die Gemeinden zu animieren, miteinander – auch zwischen den verschiedenen gemeinderechtlichen Körperschaften – das Gespräch zu suchen und zu überlegen, welche Bereiche der Gemeindeaufgaben gemeinsam besser erfüllt werden könnten.

Reformen beginnen somit zuallererst mit Kommunikation und Analyse des Bestehenden. Es handelt sich um Arbeiten in einem dynamischen und sich wandelnden Umfeld, es geht – wie gesagt – um Prozesse und nicht um einmalige Bestandesaufnahmen.

Insbesondere auch die Bürgergemeinden und burgerlichen Korporationen haben in ihrer Geschichte schon mehrmals mit Veränderungen und sogar existentiellen Bedrohungen gelebt. Sie haben dabei bewiesen, dass sie sich auf die veränderten Umstände einzustellen vermochten. In diesem Sinne können wir von Ihnen und ihrer Fähigkeit, im richtigen Moment die richtigen Anpassungen vorzunehmen, lernen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen und Ihrem Verband für die Zukunft viel Glück und Erfolg.

Exposé du conseiller d'Etat Christoph Neuhaus, directeur de la justice, des affaires communales et des affaires ecclésiastiques, à l'occasion de l'assemblée générale de celle-ci au Forum Sumiswald, le 15 mai 2010

Les réformes communales vues sous l'angle du canton



Madame la présidente,
Mesdames, Messieurs,

Pour commencer, permettez-moi de vous remercier de m'avoir donné l'occasion de participer à votre assemblée générale, ici à Sumiswald. J'en profite pour vous transmettre les salutations les meilleures du gouvernement bernois, qui vous exprime sa gratitude pour votre contribution au bien du canton et de sa population.

Tout le monde, ou presque, s'accorde à dire que l'évolution sociale, technologique, politique et économique de ces dernières années a entraîné des changements très rapides, et parfois en profondeur, pour les communes. Celles-ci doivent répondre aux attentes croissantes de leur population et assumer des tâches de plus en plus exigeantes. Elles doivent continuellement adapter leurs structures aux réformes en cours aux niveaux fédéral et cantonal, réformes qui peuvent avoir des incidences significatives. J'en veux pour exemple la mise en œuvre du nouveau droit de la protection de l'adulte et de l'enfant.

S'y ajoute l'actuelle crise financière et économique, qui a également des répercussions dans le canton de Berne, et qui touchera aussi les communes, bien qu'avec un certain retard. Malgré les résultats positifs des comptes 2009, le canton ne peut exclure qu'il faille envisager une diminution des prestations dans plusieurs secteurs au cours des années à venir. Nous devons apprendre à nous serrer la ceinture dans certains domaines où nous sommes habitués à bénéficier de normes de qualité élevées.

Nous ne pouvons, ni ne voulons, nous dérober aux changements qui se profilent. Or, nombre d'entre eux ne peuvent être influencés directement. Le canton et les communes peuvent toutefois créer des conditions favorables, qui permettront d'offrir des prestations optimales malgré l'évolution de la situation. Dans ce contexte, les réformes, et notamment les fusions de communes entreprises et mises en œuvre sur une base volontaire, ainsi que la suppression de corporations ou leur transfert dans des organismes de droit privé, prennent de plus en plus d'importance.

C'est pourquoi, en ma qualité de directeur des affaires communales, je souhaite aujourd'hui formuler quelques remarques sur ce thème. – Entre parenthèses, je précise que lorsque je parle de communes dans ce contexte, je pense à toutes les collectivités de droit communal soumises à la loi sur les communes. – Les communes et les corporations bourgeoises sont plus ou moins concernées, mais il y a au moins certains points communs. C'est pourquoi j'estime qu'elles sont de fait touchées par la question et qu'elles devront s'y intéresser.

Le Grand Conseil et le Conseil-exécutif du canton de Berne ont aujourd'hui une idée claire de la direction que les communes devraient prendre ces prochaines années. Le canton a besoin de communes fortes et performantes, en mesure d'accomplir leurs tâches de manière autonome, sous leur propre responsabilité, et selon les normes de qualité voulues.

Les communes doivent être renforcées, mais il convient toutefois de ne pas jeter par-dessus bord les éléments de l'actuel système fédéraliste au maillage serré qui ont fait leurs preuves. Je pense par exemple à notre système de milice, qui prend en compte l'attachement au sol, garantit la proximité avec les citoyens et confère une grande légitimité, le tout dans le respect de l'identité locale.

Un coup d'œil sur le découpage géopolitique du canton montre qu'un tiers des communes politiques comptent moins de 500 habitants et que plus de la moitié d'entre elles en comptent moins de 1000. Or ce sont surtout les petites communes qui risquent de rencontrer des difficultés croissantes, que ce soit en matière de finances ou parce qu'elles n'arrivent plus à faire fonctionner leurs organes. Il est donc judicieux et important que le découpage géopolitique évolue également dans le canton de Berne, qui est celui qui compte le plus grand nombre de très petites communes.

Des réformes sont toutefois également nécessaires dans certaines très petites collectivités bourgeoises, qui ont souvent de la peine à respecter l'ensemble des prescriptions de la législation sur les communes. Elles ne disposent très souvent plus non plus d'un nombre de membres suffisant pour constituer les organes nécessaires. Le projet relatif à la suppression de petites collectivités, que le chef de l'Office des affaires communales et de l'organisation du territoire vous a présenté lors de votre assemblée générale de l'année dernière, tient compte de cette situation. Diverses possibilités de résoudre les problèmes y sont présentées avec leurs avantages et leurs inconvénients. Il s'adresse en premier lieu aux petites collectivités qui ne sont plus en mesure d'observer les prescriptions législatives relatives aux communes et à la surveillance. Je suis heureux d'avoir pu constater que diverses petites collectivités ont déjà tiré parti de ce projet, comme la corporation villageoise et de digues de Ranflüh, qui s'est récemment transformée en une corporation de droit privé.

Non seulement le nombre impressionnant de projets de réformes dans les communes politiques, mais encore les changements intervenus dans les communes bourgeoises ces dernières années, prouvent incontestablement que les communes bernoises et leur population sont capables d'évoluer. Il y a encore 388 communes municipales et communes mixtes, ainsi que 197 communes bourgeoises et 83 corporations bourgeoises dans le canton de Berne. Les avantages et les inconvénients d'une fusion sont actuellement pesés dans environ 20 projets impliquant plus de 100 communes.

J'ai bon espoir que les communes entreprennent tout ce qui est en leur pouvoir pour améliorer leurs prestations, ou tout au moins pour les maintenir, grâce à des réformes adaptées, au nombre desquelles je compte également les fusions de communes. C'est pourquoi je soutiens avec conviction le principe selon lequel les fusions doivent avoir un caractère volontaire. Les réformes, et tout particulièrement les fusions, doivent avoir leur origine au niveau local, se développer du bas vers le haut. La population doit être convaincue que la voie dans laquelle s'engagent les autorités communales est la bonne.

Il n'en reste pas moins qu'il convient d'accélérer le rythme des réformes. C'est ce qu'a souligné le Grand Conseil lors des débats sur le rapport du Conseil-exécutif concernant l'évaluation de la loi sur les fusions de communes, qui ont eu lieu en novembre dernier. Dans des déclarations de planification, il a notamment indiqué que la garantie constitutionnelle de l'existence des communes devait elle aussi être remise en question. Actuellement, comme chacun le sait, la Constitution cantonale garantit à l'article 108 l'existence, le territoire et les biens de toutes les collectivités de droit communal, donc également des communes bourgeoises et des corporations bourgeoises. Aujourd'hui, une commune bourgeoise ne peut fusionner ou être supprimée qu'avec l'accord de ses membres.

Une modification de la Constitution – au sujet de laquelle vous avez été informés de manière détaillée l'année passée – doit donner au Grand Conseil la possibilité d'ordonner une fusion contre la volonté d'une commune dans certains cas spécifiques, par exemple lorsque l'existence d'une commune n'est plus assurée et qu'aucune autre commune n'est prête à fusionner avec elle. Le peuple se prononcera probablement en 2012 sur la modification de la Constitution.

Il est des plus réjouissants de constater que les communes du canton de Berne sont saines et qu'elles ont jusqu'ici réussi à tenir leurs finances bien en main, malgré des vents contraires de plus en plus marqués. Il ressort des dossiers de l'Office des affaires communales et de l'organisation du territoire que la situation financière est actuellement bonne pour la majorité non seulement des communes politiques, mais aussi des communes bourgeoises. Selon les derniers chiffres connus, aucune commune bourgeoise n'a clôturé l'année 2008 avec un découvert du bilan.

On ne peut toutefois nier qu'une autre image pourrait se dessiner à l'avenir. La crise économique se répercutera à retardement aussi sur les finances des communes. Raison de plus pour agir maintenant, sans attendre de n'avoir plus d'autre solution que de réagir.

Mais, en fait, quel est le rôle des communes et des corporations bourgeoises lors de la fusion de communes politiques?

Lors de la fusion de communes politiques, il ne s'agit pas, comme on a pu l'entendre ici ou là lors de projets de fusion, de faire pression sur les communes bourgeoises, voire de les mettre en danger. Au contraire, les communes bourgeoises jouent un rôle très important dans de tels projets, et peuvent avoir un impact considérable tout au long du processus. Elles peuvent même faire échouer un projet de fusion de communes politiques, comme on a pu l'observer. Leurs craintes de voir leur existence mise en question par la fusion de communes politiques ne sont pourtant pas justifiées. En effet, les fusions de communes politiques n'ont aucune répercussion directe sur les communes bourgeoises, puisque chacune de ces entités se prononce indépendamment des autres sur son avenir.

Je vous serai donc reconnaissant – de même certainement que les communes politiques concernées – de soutenir les processus de fusion entrepris plutôt que de les combattre.

Par ailleurs, nul ne conteste que, dans certains cas, la fusion de communes politiques puisse également être une bonne occasion de réfléchir aux structures des communes et des corporations bourgeoises, ainsi que des paroisses.

En bref, dans le canton de Berne, les réformes communales et les changements structurels ne visent pas à bouleverser le découpage géopolitique de fond en comble du jour au lendemain, comme on a pu l'observer dans d'autres cantons, à Glaris par exemple. Notre objectif, en proposant des réformes sur mesure, est de rendre tant le canton que les communes mieux conscients des exigences croissantes auxquelles doit faire face la collectivité.

L'article 63 de la loi sur les communes charge celles-ci, donc également les communes et corporations bourgeoises, d'examiner périodiquement la façon dont elles accomplissent leurs tâches et de s'adapter à l'évolution de la situation. La question à se poser est alors: La commune fait-elle ce qu'il est juste qu'elle fasse, et le fait-elle de la bonne manière?

Il s'agit maintenant d'inciter les communes – ainsi que les différentes collectivités de droit communal – à chercher le dialogue et à réfléchir ensemble aux domaines dans lesquels les tâches pourraient mieux être effectuées en commun.

Le point de départ des réformes est donc avant tout la communication et l'analyse de la situation. Il s'agit de travailler dans un cadre dynamique en évolution, d'envisager un processus, ainsi que je l'ai indiqué, et non de dresser un tableau ponctuel.

Les communes et les corporations bourgeoises, tout particulièrement, ont connu maints changements au cours de leur histoire, et elles ont même été menacées dans leur existence. Elles ont alors démontré qu'elles sont à même de se mettre au diapason d'une société qui évolue. N'hésitons donc pas à tirer les enseignements de leur aptitude à procéder en temps voulu aux adaptations appropriées.

Je vous remercie de l'attention prêtée à cet exposé et formule mes vœux les meilleurs pour votre avenir et celui de votre association.

Verband Bernisches Gemeindegader (BGK); Untergruppe Bürgergemeinden; www.begem.ch/de/verbaende/bgk/

Die Finanzverwalter/Finanzverwalterinnen der Bürgergemeinden und Korporationen bilden eine Interessengemeinschaft innerhalb des BGK. Periodische Informationen und/oder Kursausschreibungen werden jeweils im Internet veröffentlicht (www.begem.ch).

Es besteht jederzeit die Möglichkeit einer Mitgliedschaft; für Beratungen und Informationen wenden Sie sich bitte an:

Herrn
René Lehmann
Bürgergemeinde Lyssach, Kirchbergstrasse 1, 3421 Lyssach
Telefon G: 031 322 73 80, P: 034 445 33 77
e-mail: info@bglyssach.ch

Herr R. Lehmann nimmt auch Ihre Anmeldung zur Mitgliedschaft Bürgergemeindegassiere/-kassierinnen entgegen.



Anmeldung zur Mitgliedschaft Bürgergemeindegassiere/-kassierinnen

Bürgergemeinde

Bürgerliche Korporation

Adresse

PLZ, Ort

Name/Vorname
Bürgergemeindegassier /-kassierin

Tel. P. Tel. G. e-mail

Senden an: Herrn René Lehmann, Bürgergemeinde Lyssach, Kirchbergstrasse 1, 3421 Lyssach

Association Cadres des communes bernoise (CCB); www.begem.ch/de/verbaende/bgk/

Les administrateurs / trices des finances des communes bourgeoises représentent une communauté d'intérêt au sein du CCB. La possibilité d'être membre existe en tout temps. Pour des conseils et des informations complémentaires, veuillez vous adresser à:

Monsieur
René Lehmann
Commune bourgeoise de Lyssach, Kirchbergstrasse 1, 3421 Lyssach
Telephone prof.: 031 322 73 80, privé: 034 445 33 77
e-mail: info@bglyssach.ch

Monsieur R. Lehmann prend également en considération vos demandes d'admissions de caissiers et caissières de bourgeoisies en qualité de membres.



Inscription en qualité de membre de caissier / caissière de bourgeoisie

Commune bourgeoise

Corporation bourgeoise

Adresse

.....

Nom/prénom
Caissier/Caissière de bourgeoisie

Tél. e-mail

Envoyer à Monsieur René Lehmann, Commune bourgeoise de Lyssach, Kirchbergstrasse 1, 3421 Lyssach